

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einsch. Postbefreiung. Zur Vollbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. Februar 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobeanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamianzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 13

### Einberufung des Tarifausschusses

Mehrländige Verhandlungen zwischen Vertretern des Verbandsvorstandes und des Deutschen Buchdruckervereins am 28. Januar d. J. im „Buchgewerbehaus“ zu Leipzig führten zu dem Ergebnisse, daß die Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins der schnellsten Einberufung des Tarifausschusses durch das Tarifamt ihre Zustimmung nicht mehr verlagern. Auf Wunsch beider Parteien trat das Tarifamt in Berlin sofort zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, die zu dem Beschlusse führte, wonach der Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker zum 7. Februar nach Leipzig einberufen werden soll.

### Wer verkauert das Buch?

Seit langem haben die Verleger es meißerhaft verstanden, der breiten Öffentlichkeit die Meinung beizubringen, daß vornehmlich die „ins Unernehbare“ gestiegenen Druckpreise, hervorgerufen durch die hohen Löhne der an der Herstellung des Buches Beteiligten, das Buch verkauert. Nun soll gewiß nicht bestritten werden, daß die den ungeheuren Feuerungsverhältnissen notwendige angepassten Löhne der Bucharbeiter die Herstellungskosten erhöhen. Aufgabe dieser Darlegungen soll es aber sein, zu untersuchen, ob dies wirklich der ausschlaggebende Faktor ist, wie es die Herren Verleger immer hinaustellen belieben, oder ob nicht vielmehr die eigentlichen Verkauert des Buches an einer ganz andern Stelle zu suchen sind.

Wir wählen als Beispiel ein 15 Bogen starkes Buch der schönen Literatur, Format etwa 14 x 23, Borgia's Fraktur 1/8, 24 Cicero, mit festem Deckel gebunden, dessen Ladenpreis auf 20 Mk. festgelegt wird. Nach der gegenwärtig in Berlin geltenden Preisberechnung — also der höchsten im ganzen Reiche — stellen sich bei einer Auflage von 5000 Stück die Herstellungskosten wie folgt: Satz und Korrektur etwa 9000 Mk., Zurechtung etwa 1875 Mk., Druck etwa 3375 Mk., Papier mitfellein, etwa 10500 Mk., Buchbinder 6200 Mk., zusammen 30950 Mk., das ist pro Buch 6,20 Mk. Buchdrucker und Buchbinder allein erhalten nach Abzug der Kosten für Papier 20450 Mark, das ist 4,10 Mk. pro Buch.

Das ihm mit 6,20 Mk. gelieferte Buch gibt nun der Verleger an den Sortimenter mit einem Rabatt von 35 bis 40 Proz. ab, so daß er von dem festgesetzten Ladenpreis von 20 Mk. höchstens 13 Mk. erhält. In den Kommissionär hat er weitere 10—12 Proz. zu entrichten, also etwa 1,50 Mk. Demessen wir nun das Honorar des Autors mit 2 Mk., eine Summe, die in den meisten Fällen sicher längst nicht erreicht wird, so verbleiben dem Verleger für Propaganda, Spesen, Gewinn usw. 3,30 Mk. Dieser dem Verleger verbleibende Anteil vergrößert sich naturgemäß bei sich notwendig machenden Neuauflagen durch Erparung der Sachkosten usw., ferner dadurch, daß die Bücher vielfach unter Umgehung des Kommissionärs vom Verleger direkt bezogen werden.

Berechnen wir nun, welcher prozentuale Anteil die Beteiligten an dem Preise des Buches haben. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß zu dem festgesetzten Preise von 20 Mk. vom Sortimenter kurzerhand ein Feuerungsaufschlag von 10 Proz. und weitere 10 Proz. als Portovergütung erhoben werden, so daß also der vom Publikum zu zahlende Preis nicht 20 Mk., sondern 24 Mk. beträgt. Unter Zugrundelegung der oben festgestellten Zahlen erhält von diesem Preise der Sortimenter 11 Mk. (24 Mk. Verkauf, 13 Mk. Einkauf), das sind 46 Proz., der Kommissionär 1,50 Mk. = 6 Proz., der Verleger 3,30 Mk. = 14 Proz., der Autor 2 Mk. = 8 Proz., der Papierlieferant 2,10 Mk. = 9 Proz., der Buchdrucker und Buchbinder 4,10 Mk. = 17 Proz. Bei größeren und Neuauflagen verringert sich der prozentuale Anteil des Buchdruckers noch ganz erheblich zugunsten einer Erhöhung des Verlegeranteils, während er bei den übrigen Beteiligten der gleiche bleibt.

Sortimenter, Kommissionär und Verleger, das ist der Handel, erhalten also 66 Proz. des Preises der Ware, während Autor, Papierfabrikant, Buchdrucker und Buchbinder, das heißt die Hersteller der Ware, sich mit 34 Proz. begnügen müssen. Eine solche Verteuerung des Fertigfabrikats durch den Handel auf das Dreifache ist sonst wohl

nur noch in Monopolindustrien, wie z. B. der chemischen, möglich.

Man sollte nun meinen, daß die Verleger in ihrer Gesamtheit ein brennendes Interesse daran hätten, den übermäßigen Aufschlag des Sortimenters zu beschneiden, um durch die dann eintretende Verbilligung des Buches die Absatzmöglichkeiten zu heben. Dem ist aber leider aus den verschiedensten Gründen nicht so. Es ist erstens für die Verleger viel leichter, eine Verbilligung da zu verlangen, wo sie selbst die Besteller sind, als eine solche von ihren Bezieher zu fordern. Zweitens unterhalten vielfach die Verleger gleichzeitige große Sortimentsgeschäfte, wodurch ihnen der hohe Sortimentszuschlag zufällt, und dritten erhöht sich bei einem hohen Ladenpreis automatisch auch ihr Gewinnanteil. Der Hauptgrund ist aber doch der, daß an dem Sinaufgeben sich auch die vorhandenen Lagerbestände beteiligen und dadurch dem Verleger riesenhafte Gewinne mühelos in den Schoß werfen. Dieser Punkt ist es denn auch, der zuerst das haulende Publikum stuhig machte und in den Kreisen der ernsthaften Bücherkäufer die tiefste Verbitterung auslöste. Außerdem von Beispielen liehen sich für diese Widerpart anführen, jeder hat sie am eigenen Leib erfahren. Die ältesten Ladenhüter wurden um das Sechsfache, Acht- und Mehrfache ihres Preises dem Käufer angebreht. Millionen wanderten dadurch in die Taschen der Verleger. Es läßt sich beispielsweise leicht überlegen, was einem Verlagsunternehmen wie der bekannten Reclamischen Universalbibliothek mit ihren bei 6000 Nummern gewiß viele Millionen umfassenden Lagerbeständen ohne jedesmalige Preis-erhöhung von nur 10 Pf. eintrug.

Nunmehr dieser Praxis sind sämtliche Zweige des Verlagsgeschäfts, also auch diejenigen, die, wie die Verleger der Fach- und wissenschaftlichen Literatur, am lauffesten über den Niedergang des Geschäfts zu klagen wissen. Sie sind es sogar im doppelten Sinne, weil sie durch die von ihnen geübte Praxis, neue Werke nicht zu verlegen, die Interessenten zwingen, ihre Restauflagen, die ihnen sonst liegen geblieben wären, zu hohen Preisen abzunehmen, ohne selbst ein Risiko zu übernehmen. Werden aber wirklich einmal einige Neuerwerbungen herausgebracht, so wird ein derartig hoher Verkaufspreis unter Berufung auf die „wahrscheinlich gestiegenen Druckkosten“ angelehrt, daß es menschlich begrifflich erscheint, wenn sich der Anwalt der mit irdischen Gütern ja nicht übermäßig begabten Gelehrten gegen die „begehrten“ Bucharbeiter richtet. So kostet z. B. Spenglers „Niedergang des Abendlandes“, von dem bereits das fünfzigste Tausend vorliegt, 58 Mk. + 20 Proz. = 69,60 Mk., falls nicht inzwischen der Preis abermals erhöht wurde. Das ebenfalls stark gehauete „Reisebuch eines Philosophen“ von Kierkegaard kostet sogar in zwei Bänden 120 Mark + 20 Proz. = 144 Mk. Gewiß sind solche Auflagenzahlen, wie sie die vorstehend genannten Nobeldücker erreichen, in der wissenschaftlichen Literatur selten; man sieht aber an den Preisen, wie es die Herren Verleger dann verleben, die Konjunktur auch weidlich auszunutzen. Daß der erhoffte Absatz nicht erreicht wird, kommt natürlich ebenfalls vor, bringt aber nur jüngeren Verlags-geschäften Schwierigkeiten, die in ihren dauernd im Werte steigenden Lagerbeständen kein genügendes finanzielles Rückgrat besitzen.

An Verluhen, die übermäßigen Gewinne des Sortimenters zu beschneiden, fehlt es auch bei den Verlegern nicht, nur daß es leider Ausnahmen sind. Man sollte doch meinen, daß es allgemein möglich sein müßte, den Sortimenter die Erhebung des ganz unbedingten 20prozentigen Feuerungszuschlags zu verbieten, wie es z. B. Reclam, Teubner, Langewiesche, Insel-Verlag u. a. mit dem Erfolge tun, daß ihre Erzeugnisse relativ immer noch preiswert zu nennen sind. War es möglich, die Anstöße des Freieinzelhandels zu besänftigen (wohin aber allerdings auch noch ein Fragezeichen zu machen ist), so müßte das bei der noch einschneidenderen Frage des Feuerungszuschlags auch der Fall sein. Es fehlt eben an autem Willen.

Ernstliche Beachtung verdienen jene Verlagsgeschäfte, die im engen Anschluß an bereits bestehende oder auch von ihnen erst gegründete Vereinigungen ihre Erzeugnisse unter häufig völliger Ausschaltung des Buchhandels an die diesen Vereinigungen angeschlossenen Mitglieder abgeben. Die dadurch erzielte Verbilligung ist denn auch teilweise recht erheblich. Die Bände des Kosmos-Verlags und in neuerer Zeit die in buchgewerblicher Ausstattung mustergültiger Erzeugnisse des Deutscher-Verlagsbundes und vor allen Dingen des dem Wegweiser-Verlag

angeschlossenen Volksverbandes der Bücherfreunde bringen dafür den Beweis.

Trotz der großen Vorteile, die durch Anschluß an derartige Vereinigungen der Bücherkäufer unzweifelhaft hat, sind sie aber doch nicht als das zu erstrebende Ideal aufzufassen, da sie nach rein kapitalistischen Grundgedanken geleitet werden und keinerlei Kontrollmöglichkeit über die erzielten Überschüsse besteht. Eine derartige Möglichkeit wäre aber gegeben, wenn sich die großen Spitzenorganisationen auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens entschließen würden, eine selbständige Verlagsstätigkeit im Interesse ihrer Mitglieder aufzunehmen bzw. schon bestehende weiter auszubauen. Wie wichtig wäre es z. B., wenn die der Volksgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zullebenden und noch in Aussicht stehenden Mittel dazu verwendet würden, wissenschaftliche Veröffentlichungen unter Ausschaltung jeden Zwischenhandels selbständig herauszugeben und direkt an die Bezieher abzugeben. Auch untre gewerkschaftlichen Organisationen, besonders aber ihre Spitze, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, könnten ihre Verlagsstätigkeit weit über das rein palatorische hinaus auch auf die Gebiete der Rechtswissenschaft, Nationalökonomie, Geschichte, Handels- und Erdkunde, Philosophie usw. ausdehnen. Die so wünschenswerte Schulung untrer Betriebsräte würde durch billiges Quellenmaterial wesentlich gewinnen. Die bisherigen Erfolge auf diesem Gebiet — ich erinnere nur an die hohen Auflagen, die das Betriebsrätegesetz nebst Kommentar, trotz Verpöhlung in Dageben von Ausgaben, erzielte — ermutigen zum Weitergehen auf dem beschrifteten Wege. Selbst die reine Fachliteratur könnte in den großen Organisationen mit ihren Hunderttausenden von Mitgliedern auf lobenswerten Absatz rechnen. Die klassische, schöne Literatur und künstlerische Werke in billigen Ausgaben dem Publikum zugänglich zu machen, wäre Aufgabe der Volksbibliotheksbewegung. Der Berliner Freien Volksbühne mit ihren 150000 Mitgliedern wäre es in Verbindung mit den Bruderorganisationen im Reiche sicher möglich gewesen, eine Jungener-Ausgabe zu einem wesentlich niedrigeren Preise als 72 Mk. abzugeben, wie es der Verlag Reclam in seiner vierbändigen Selbstaussage dem Publikum fordert. Diese Beispiele liehen sich noch um viele vermehren. Da die Herren Verleger eine Bewundererleistung des Zwischenhandels in ihrer Mehrheit nicht herbeiführen können und auch nicht wollen, muß der Weg der Selbsthilfe beschriftet werden, um dadurch die Verkauert des Buches da zu treffen, wo sie wirklich liegen: im Sortimentsbuchhandel.

Berlin.

Fr. Pirib.

### Soziale Kurpfuscher

„Die Universität München plant eine eigene Druckerei. Die Notlage der Wissenschaft führt jetzt zur Selbsthilfe auch für die Bücherproduktion. Die Münchner Universität veranstaltete kürzlich eine Versprechung über die Gründung einer Druckerei für wissenschaftliche Arbeiten, Dissertationen usw. Durch Ausschaltung der Zwischen-gewinne will man hier das Erscheinen der sehr ungedruckten wissenschaftlichen Arbeiten ermöglichen, andererseits der Not in der Studentenchaft steuern. Die Druckerei des früheren Kriegsministeriums soll pachtweise mit den Besamten und Verhältnissen übernommen werden. Das technische Personal sollen Studenten bilden, die sich neben ihrem Studium hier täglich vier Stunden beschäftigen, um sich das Existenzminimum zu sichern. — Ähnliche Absichten bestehen, der Deutschen Verlegerzeitung zufolge, in Leipzig. Hier soll eine Buchbinderwerkstatt die Vollenenden unter den Studierenden beschäftigen. — Gesehen muß in der Tat etwas, um die üblen Folgen der ungeheuer gestiegenen Herstellungskosten und Zwischenhandelsgewinne bei Büchern zu beseitigen. Es geht doch nicht länger an, daß die Romanproduktion aus der Sudelküche der Courtis-Mahler in einem Jahre 5400000 Bogen Papier verarbeitet, während ein wissenschaftliches Werk Hamanns nur handschriftlich in der Berliner Bibliothek hinterlegt werden konnte!“

So zu lesen in der Berliner „Täglichen Rundschau“ vom 27. Januar d. J.

Wenn die akademischen Herrschaften die notleidenden Studenten mit der Elegerung der Notlage der gelehrten Buchdrucker ilgen wollen, so ist das eine offensichtliche Entgleisung sozialer Gelehrtenphilosophie, der nicht zu helfen ist, weil sie an der Logik scheitert. Bis zum Oktober d. J. waren in Berlin allein über 1000 brotlos

Buchdrucker (die nur mit äußerster Anstrengung vor Welt- nachen bis auf über 400 im Beruf untergebracht werden konnten), im ganzen Reich etwa 10000; den Buchhändlern ging es ähnlich. Nun will man unsere Betriebe mit dilettierenden Studenten füllen, um sie demselben Elend, mit dem die zum Fahren gezwungenen Fachkräfte zu kämpfen haben, in den Rücken zu werfen. Denn das falsche Spiel nach der Heilung wissenschaftlicher Arbeiten, Dissertationen usw. kein Ende nimmt, ist doch klar. Es wird sich sehr schnell ein regelrechter schmutziger Wettbewerb herausbilden, und zwar auf vielen Hochschulen. Aber die deutsche Buchdruckerwelt darf die Augen nicht verschließen; sie muß mit ihren wohlangeordneten, kostspieligen Druckstätten den weltfremden Berufsverbildeten deren Unmoral ab- winken. Wenn der Welt von Gelehrten solche Vorkämpfer leihen läßt, dann gebiert er Terwächse, die ins Verderben führen, vor denen uns der gesunde Sinn aller derjenigen, die es angeht, bewahren möge!

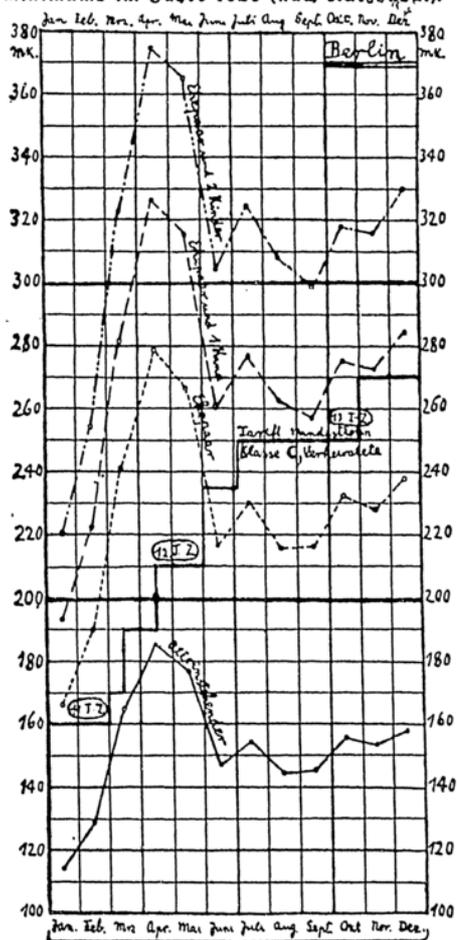
Berlin.

H. Krebs.

## Statistisches zum Lohnproblem

Der Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, Dr. R. Kuczynski, ist bisher der einzige Gelehrte, der die Geldhöhe des Existenzminimums errechnet hat für die verschiedenen Familiengrößen, wie sie in der Wirklichkeit vorkommen. Seine Grundzüge stimmen weitgehend überein mit denen der übrigen deutschen Lebenshaltungstatistiker. Da grundsätzliche Unterschiede der Berliner Bedarfsmittelpreise dem Reich gegenüber nicht bestehen (im großen und ganzen), so sind seine Zahlen, solange ähnliche nicht da sind, von vorbildlicher Bedeutung. Übersichtlich und einprägsamer als Zahlentabellen, wie sie etwa benutzt sind in dem Aufsatz „Bilanz unter Lebenshaltung“ in Nr. 4 und 5 des „Korr.“, sind Kurven- tafeln.

Geldhöhe des (Berliner) wöchentlichen Existenz- minimums im Jahre 1920 (nach Kuczynski).



1920

Die Zeichnung ergibt mit einem Blick, daß während des ganzen Jahres 1920 die Buchdruckerlohnhöhe in Berlin (tariflicher Mindestlohn für Verbetratete in Alters- klasse C, der höchstbezahlten Gruppe) niedriger war als das errechnete Existenzminimum für ein Ehepaar mit einem Kind (im Alter von 6 bis 10 Jahren); mit jedem weiteren Kind oder sonstigen zu unterhaltenden Angehörigen vergrößert sich der Abstand. Für kinderlose Ehepaare überfließt mit der Steuerungsulage am 31. Mai der Lohn das für sie angelegte Existenzminimum. Für die (nicht mit den „Ledigen“ zusammenfallenden) Alleinstehenden (für tariflicher Mindestlohn liegt seit dem 1. November in den Altersklassen A, B und C: 22,25, 16 und 8,50 Mk. unter der eingezeichneten Lohnkurve; vorher war die Span-

\* Es empfiehlt sich, in der Kurventafel die vier Existenzminimum- kurven (vor allem die beiden unteren) und die getrepte Lohnlinie vergleichend farblich nachzuzeichnen. Dadurch werden die Mängel auf- gehoben, die bei der einseitigen Wiedergabe derartiger Zeich- nungen auf Zeitungspapier schwer zu vermeiden sind.

nung: 12,25, 11 und 8,50 Mk.) hat sich seit der Zulage Mitte April das Lohnniveau (vom Berechnen ist da- bei noch nicht einmal die Rede) weit über das kuczynskische Existenzminimum erhoben.

In einem kurzen Artikel zu der Tarifausweitung im Mai 1920 („Korr.“ Nr. 50 unter der Überschrift: Ex- istenzminimum) ist darauf hingewiesen, welchen Wert Be- rechnungen, wie sie Kuczynski gibt, für die gesamte Wirt- schaftssituation (im besonderen für die Lohnpolitik) haben. Das Problem ist von Monat zu Monat dringlicher ge- worden und erfordert eine Erörterung in umfassenderem Zusammenhang. Es wird sich zeigen, daß die sozialwirt- schaftliche Lösung (Produktions- und Verteilungs- reglung nach dem Existenzbedarfe des ganzen Volkes) die für uns heute einzig noch möglich ist.

Weber die Verwunderschaft, noch die Tarifgemein- schaft, noch der Verband haben bis jetzt die in jedem Falle für alles Weitere erforderliche Familienstatistik zu- sammengestellt. Die Zahlen der letzten Verlagsabteilung (von 1907) müssen deshalb genügen, um ein grobes, unvoll- kommene Bild von den Größenverhältnissen der verschie- denen Gruppen zu geben. Im „Polnographischen Gewerbe“ insgesamt betrug in abgerundeten Angaben die Zahl der Gehilfen und Arbeiter (vom dem „höheren Personal“ sowie von den „selbständigen und sonstigen Betriebsleitern“ soll hier abgesehen werden) 163000, davon waren 110000 Buchdrucker (einschließlich der Hilfsarbeiter) im engeren Sinne. Ledig waren 1907 im Gesamtgewerbe 101000 (einschließlich der Lehrlinge und des männlichen wie weiblichen jugendlichen Hilfspersonals), verheiratet 58500, verwitwet und geschieden 3500. Hauptberufslöse Ange- hörige über 14 Jahren waren 56000, unter 14 Jahren 80000 vorhanden.

Leipzig.

H. Röll.

## Zur Entlohnung „alleinstehender“ Gehilfen

Der Tarif kennt betriebs der Entlohnung zunächst zwei Arten von Gehilfen: verheiratete und ledige; außerdem werden ledige Gehilfen, die „als einzige Unterhaltungs- pflichtige einem Angehörigen im gemeinsamen Haushalt Unterhalt gewähren müssen“, den verheirateten gleich- gestellt. Wenn nun der ledige Gehilfe, der seiner ge- setzlichen und moralischen Unterhaltspflicht genügt, den Konditionsort wechselt, hat er nur Anspruch auf den Lohn der Ledigen, obgleich sich weber durch einen solchen Wechsel des Konditionsorts seine Stellung zur unterstützungs- bedürftigen und -berechtigten Mutter geändert haben kann, noch der „gemeinsame Haushalt“ tatsächlich aufgehoben ist. Ist doch in solchen Fällen eine knäbige enge Verbindung mit dem eigentlichen „Zuhause“ vorhanden, meistens werden die Sonn-, Feier- und Ferientage dort verlebt, und durch manches andre, was hier nicht auf erwähnt werden kann, wird das Bestehen des „gemeinsamlichen Haushalts“ aufrechterhalten. Die Eisenbahnverwaltungen erkennen die Lage an durch Ausgabe der verbilligten Arbeiterwohnenkarten (zur einmaligen Hin- und Rückfahrt am Sonnabend und Montag). Nicht nur daß durch den Arbeitsortwechsel keine Veränderung in oben bezeichneter Weise eingetreten ist, hat sich auch die wirtschaftliche Lage eines solchen Kollegen (in Normalfällen) nicht geändert, sondern im Gegenteil durch die Führung eines sogenannten Doppelhaushaltes verschlechtert.

Auf eine Anfrage mit ausführlicher Klarlegung der Verhältnisse an das Tarifamt wurde einem Kollegen der Betheide, daß er nur Anspruch auf Ledigenlohn habe, daß es aber wohl „zugegeben sei, daß Sie nach der von Ihnen gegebenen Schilderung nicht so wie im allgemeinen ledige Gehilfen Ihren Lebensunterhalt betreiben können“, es be- stande kein Bedacht des Tarifausschusses, der sich auf diese Fälle ausdehnen ließe.

Ja, da meine ich, müßte aber dann eben ein derartiger Bedacht gefaßt worden. Jetzt sind die Verhältnisse für derartige Kollegen ungerecht. Harder.

## Provinzliches

Der Ablauf des 9des neuen Tarifs gibt auch den Gehilfen in der Provinz Hoffnung auf eine finanzielle Verbesserung. Leider aber wird wohl die Ortsklasseneinteilung noch eine recht geraume Zeit auf sich warten lassen. Einer Anzahl kleinerer Druckorte ist seit 1. Januar durch die 15-km- Zone der Lokalaufschläge schon eine namhafte Zulassung zuteil geworden. Als ein gerechter Ausgleich kann letzteres jedoch keineswegs empfunden werden. Ein Unterschied in den Preisen für die Gegenstände unseres täglichen Be- darfs besteht beinahe überhaupt nicht mehr oder nicht in dem Maße, wie der Unterschied in den Buchdrucker- löhnen, den besonders die 15-km-Zone noch krasser hervor- treten läßt. Als ein Anfang muß es bezeichnet werden, wenn z. B. das 12 km von N. (10 Pros.) entfernte J. nun ebenfalls 10 Proz. erhält, während das 20 km ent- fernte S. mit bisher 2<sup>1</sup>/2 Proz. diesen minimalen Zuschlag behält. Zusammenfassung in Wirtschaftsgebiete ist hier unbedingt notwendig. Tagesgen werden sich natürlich die Provinzprinzipale sträuben, wie sie schon jetzt gegen die höheren Zuschläge in ihren Organen rebellieren. Wenn in Nr. 1 der „Zwei Druckerwoche“ der Artikel „Ige“ energisch den Zusammenschluß aller Prinzipale der Provinz zur Ab- wehr weiterer Erhöhungen der Lokalaufschläge forderl, so müssen wir daraus wohl oder übel schließen, daß von seiten unserer Vertreter bei den in Aussicht stehenden Ver- handlungen ein energisches Eintreten für die Inter- essen der Provinzkollegen nötig sein wird. Auf dem Materialienmarkt unfres Gewerbes ist ein Sinken

der Preise eingetreten. die Löhne haben eine ganz ge- ringe Erhöhung erfahren, aber gerade bei einer großen Anzahl kleinerer Provinzabteilungen mühten sich die Löhler mit dem ersten Quartal eine Bezugspreiserhöhung z. B. von 9 auf 10,50 Mk. ortsleitend und ähnliches gefallen lassen. Bezugs- und Einzelpreise sind in der Provinz fast durchweg einseitig; aber die Löhler der „M. Ztg.“ (10,50 Mk. ortsleitend) bekommen nicht so wollen, daß deren Buchdruckergehilfen 180 Mk. erhalten, während die der „M. Ztg.“ (9 Mk. ortsleitend) 220 Mk. bezogen. Gerade die Prinzipale, welche am meisten gegen Lohn- erhöhungen wehren, erhöhen nur zu gern ihre Preise. Eine Schande für das ganze Gewerbe bilden weiter die vielen Lehrlingsbuden, deren man in der Provinz nicht wenige findet. Zahlreiche arbeitslose Kollegen könnten hier ihr Brot finden. Wohl stehen derartige Betriebe außerhalb der Tarifgemeinschaft, aber jede Preiserhöhung machen sie mit. Es müßte doch verhindert werden können, daß eine „Kreislösungs“-Druckerei, also ein behördlich unter- stützter Betrieb, ausschließlich von Lehrlingen und, wenn es hoch kommt, einem untauglich bezahlten Gehilfen aus- recht erhalten werden. Solche Kunsttempel gibt es genug und ein Schulbeispiel dafür bildet die Firma Th. Schulz in Osterburg, ein Betrieb mit großer Schnellpresse, Zwei- tourenmaschine, Liegel, Stereotypie, in dem neben fünf Lehrlingen nur noch ein alter, schon 30 Jahre dort stehender Buchdrucker für einen Hungerlohn beschäftigt wird. Das Blatt hat über 2000 Auflage, kostet den Lesigen, den „hohen“ Löhnen in die Schuhe geschoben, wesentlich er- höhter Bezugspreis und findet als amtliches Kreisblatt weitgehende Unterstützung der Behörden. Wäre es da nicht möglich, daß behördlicherseits der großen Arbeits- losigkeit gesteuert und in solchen Betrieben arbeitslose Seher und Drucker zu tariflichen Löhnen untergebracht würden? Die Provinz kann dem Gewerbe in dieser Be- ziehung helfen, wenn nur einigermaßen guter Wille vor- handen ist. Die Provinzkollegen aber haben ein Recht, eine den Lebensverhältnissen angepaßte Bezahlung ihrer Arbeit zu fordern, und es ist zu wünschen und zu hoffen, daß uns die neuen Verhandlungen aus der gegenwärtigen Notlage herausbringen mögen. Ist eine Gleichstellung der Buchdruckerlöhne mit denen der Eisenbahn-Werk- stättenarbeiter usw. (hier z. B. jetzt 240 Mk. ohne neue Zulage) so viel verlangt oder nicht durchzuführen?

Musterhausen (Poste).

H. Pasch.

## Was soll werden?

Wieschwer lastet das wirtschaftliche Elend und der Niedergang untrer gesamten Volkswirtschaft auf dem werthältigen Volke. Härter denn je sind heute die Lebensbedingungen für alle, die sich durch Hand- oder Kopfarbeit ihren Lebens- unterhalt verdienen müssen. Lohnerrhöhungen können nicht viel helfen, so lange die Entwertung der deutschen Mark nicht baltmacht. Im Gegenteil, unter heutigen starr- mäßig hohen Löhnen bergen in sich eine neue, schwere Last, die Steuerlast. In Nr. 131 des „Korr.“ vom 16. No- vember v. J. habe ich in dem Artikel „Reichseinkommen- steuer und Lohnabzug“ schon die ungeheure Höhe der Steuern durch ein Beispiel dargelegt. Den meisten Steuer- zahlern waren derartige Summen unbekannt, viele glaubten, es sei nicht an dem, bis sie dann durch die Steuerzettel, die zum Teil schon aufgestellt sind, mit ihren erschreckend hohen Ziffern eines Besseren belehrt wurden. Die Unmög- lichkeit für die Arbeiterklasse, am Schlusse des Steuerjahres 1000, 1500, 2000 Mk. oder gar noch mehr nachzugeben, scheint nun schon an maßgebenden Stellen offenbar ge- worden zu sein. Der finanzpolitische Ausschuss des Reichs- wirtschaftsrats empfahl nämlich der Reichsregierung „in Rücksicht auf die außerordentlichen wirtschaftlichen und technischen Schwierigkeiten bei der Erhebung der Steuer für 1920 und aus logischen Gründen für Lohn- und Gehaltsempfänger jeder Art die Steuer für 1920 mit den erfolgten Lohnabzügen als abgetragen“ zu betrachten.

Dies ist zweifellos ein Vorschlag, der zu begrüßen ist, doch er ist nur ein Vorschlag. Ob er Gnade vor den Augen der bestehenden Klasse, die heute das Parlament beherrscht, finden wird, ist eine andre Frage, die m. E. nicht bejaht werden kann, da die bürgerlichen Parteien die größten Steuerlasten stets auf die Schultern der Schwachen laden, um sich davon möglichst freizubalten (siehe Reichs- notopfer).

Daß die Reichseinkommensteuer von der Arbeiterklasse für der jetzigen Höhe jedoch nicht geleistet werden kann, liegt klar auf der Hand. Man wird jedoch versuchen, sie auf alle mögliche Arten aus ihr herauszupressen. Schon müssen die Inhaber der neuen Steuerzettel außer ihrem Lohnabzuge monatlich große Summen hinzugeben, um am Schlusse des Steuerjahres ihre Verpflichtung erfüllt zu haben. Daß dies jedoch nur in den wenigsten Fällen möglich ist, steht weiter fest, da ja der Lohn kaum für die täglichen Bedürfnisse des Lebens ausreicht.

Es ergibt sich daraus mit zwingender Notwendigkeit, daß hier Abhilfe geschaffen werden muß. Und daß sie schon jetzt erfolgen muß, ist für jeden klar, der sich ein Bild von den kommenden Dingen machen kann, denn wenn erst einmal am Ende des Steuerjahres die Steuer- zettel stolzwiese in die Häuser klafften und man bei der Unmöglichkeit der Bezahlung mit Zwangsmahnmahnen vor- gehen will, dann wird das eintreten, was einsichtige Leute schon bei der Beratung des Gesetzes voraussehen, eine vollständige Steuerrevolte, die die Bewegungen bei Beginn des Lohnabzuges weit in den Schatten stellt.

Für die Arbeiterklasse gilt es also, beizeiten einen Kampf gegen die jetzige Höhe der Reichseinkommensteuer- gefebes zu führen. Wer soll da unser Führer sein? Die



In einem Bericht aus Worms a. Rh., abgedruckt in Nr. 9 des „Korr.“ vom 22. Januar, wird ausgedrückt, daß die Wormser Gehilfen in ihren Hoffnungen auf die Erhebung des Tarifkreises am des Jahres III getäuscht worden wären, weil diese Verhandlungen für sie kein Ergebnis gehabt hätten und die Gehilfenchaft des Bezirks Worms deshalb zu einem Sonderorgane gezwungen gewesen sei.

Diese Behauptung ist unrichtig, denn Herr Direktor Will (Mainz) hat als Vertreter für das befehlte rheinische Gebiet der betreffenden Sitzung die Erklärung abgegeben, daß er sich den von Herrn Schloffer für Frankfurt a. M. abgegebenen Erklärungen auf Gewährung einer „Winterfürsorge“ anschließe und bereit sei, diese Vorschläge auch dem befehlten Gebiete zuzuführen. Für die Gehilfenchaft des Bezirks Worms lag somit um so weniger zu ihrem am Tarifbruch grenzenden Sonderorgane Veranlassung vor, als die Wormser Prinzipale von Anfang an bereit waren, eine „Winterfürsorge“ zu gewähren.

Auch das im gleichen Berichte dem Gehilfenarbeitsvertreter Herrn Nepediz ausgesprochene Mißtrauensvotum halten wir nach unserm Kenntniss in keiner Weise für berechtigt.

Verbandsbureau für den Kreis III.  
Georg Schloffer, Prinzipalarbeitsvertreter.

### Briefkasten

A. W. Sch. und Jolan in B.: Beide Einsendungen werden demnach einer „Kuffennummer“ einverleibt werden; aber werfen müssen wir über die gegenwärtigen Bemerkungen in nächstfolgender Nummer hinweg sein.

### Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfad 5 II.  
Fernsprecher: Umd Kurfürst, Nr. 191.

**Bau Bayern.** Die Firma Joseph Schühling in Würth a. D. ist aus der Tarifgemeinschaft ausgeschieden. Ihre derzeitigen Mitglieder haben die Kündigung eingereicht. Der Vorstand warnt alle tariflosen Gehilfen vor Eintritt in die Druckerei. Verbandsmitglieder haben Ausschluß zu gewärtigen.

**Hessen.** Die Kollegen Paul Meißner (Hauptbuchnummer 101867), Wilhelm Bechers (59975), Karl Jerusch (99072), Erich Meyer (101137) werden ersucht, sich zwecks Regelung ihrer Verbandsangelegenheiten mit dem Bezirksarbeitsvertreter Ernst Harms, Klosterstraße 18, in Verbindung zu setzen, andernfalls Ausschluß erfolgt.

### Adressenveränderungen

Hess. l. Erageb. Vorhändler: Paul Vogl, Westferrstraße 34 II; Kaffierer: Karl Staab, Gabelsbergerstraße 16.

**Hamburg.** (Maschinenmeister.) Vorhändler: Waldemar Feindorf, Hamburg 3, Rosenmarkt 19 II. Kaffierer: G. Corll, Hamburg 1, Bismarckstraße 57 („Gewerkschaftsbureau“).  
**Leipzig.** (Korrespondenz.) Vorhändler: Emil Ranisch, Leipzig-Reuditz, Oswaldstraße 14 III e.  
**Maritzsch.** (Bezirk und Ort.) Vorhändler und Kaffierer: Karl Staudt, Hofenbrunn bei Maritzsch.  
**Neuß a. Rh.** Vorhändler: Karl Freyer, Niederwallstraße 23; Kaffierer: Winand Zecher, Bernauerstraße 19.  
**Nordhausen.** (Ort.) Vorhändler: Karl Zehrbauer, Spangenbergstraße 2. (Bezirk.) Vorhändler: Fritz Sell, Freieisenstraße 11.  
**Pöppeln.** Kaffierer: Emil Kohr, Zimmerstraße 35 II.  
**Rosenheim.** Vorhändler: Hans Gubmann, Wisinger Wiese 88; Kaffierer: Nidli Huber, Salzstraße 12 II.  
**Sachsenburg.** (Bezirk.) Vorhändler: Carl Ost, Herrngasse 10 II; Kaffierer: Fritz Stern, Schlegelweg 11 p.  
**Schwabach (Bayern).** Vorhändler: Mathias Klindinger, Bahnhofsstraße 17; Kaffierer: Got. Gerold, Hauptstraße 3.  
**Schwab-Stalt.** Vorhändler: Albert Zeller, Spitalstraße 8 II; Teilschiffseerwaller: Gottlieb Müller, Seidenhof 2.  
**Stargard i. Pomm.** Vorhändler: Wulow Nemitz, Peter-Ordnungsplatz 2.  
**Würgsburg.** (Bezirksmaschinenmeisterverein.) Vorhändler: Joseph Kretzschmar, Emmelsstraße 12 III.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Einsendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
Am Gau Hannover die Geher I. Paul Hensel, geb. in Josten 1901, ausged. dal. 1920; 2. Walter Merges, geb. in Pöhlgen 1901, ausged. dal. 1918; waren noch nicht Mitglieder; 3. Paul Albrecht, geb. in Braunshweig 1877, ausged. dal. 1896; 4. Franz Bieler, geb. in Gredlich (Sachsen) 1883, ausged. in Stönnern a. d. S. 1902; 5. Emil Knecht, geb. in M.-sied (Sachsen) 1882, ausged. in Herberg (Bez. Halle) 1901; waren schon Mitglieder. — Wulow Pfingsten in Hannover, Nikolaistraße 7 II.

### Veranlassungskalender

Berlin. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 6. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsstraße 2.  
Bonn. Bezirksversammlung Sonntag, den 27. Februar, in Bonn. Anträge sind bis zum 20. Februar einzureichen.  
Stettin (Schlesl.). Generalversammlung Sonntag, den 6. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Fahnstraße 2.  
Oldenburg. Bezirksgeneralversammlung am Sonntag, dem 27. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ in Oldenburg. Anträge bis zum 7. Februar.  
— Versammlung Montag, den 7. Februar, abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

### Tarifauschuss der Deutschen Buchdrucker

Tarifkreis V (Bayern)  
Gehilfenvertreterwahl: Abgegebenes Stimmzettel 4572, davon unguiltig 117; gültige Stimmen 4455; absolute Mehrheit 2228. Es erhielten Stimmen: Als Gehilfenvertreter Hans J. J. J. (München) 4347, August Döbbling (München) 6; als erster Stellvertreter August Schühling (München) 2331, Joseph E. Böner (München) 1620, Paul Heubner (München) 2, Eugen Paul (München) 1; als zweiter Stellvertreter Wulow Weichmann (München) 4348, Helmreich (München) 3, Dingeldey (München) und Pepsinger (München) je 1. Die Gelehrten wurden nicht gewählt.

### Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239  
Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

**Gebühler Nachtrag**  
zum Verzeichnisse der dem Tarif anererkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis. Alfeld (Leine): Wehrens, Ernst C. (Wolff Wehrens). — Goslar: Keune, Wulow. — Ein den (Hannover): Schardt & Siedentopf, Buchdruckerei (Karl Schickel).
- II. Kreis. Barmen: Schiele; Abel, C. (Ernst Schön). — Barmen: Müller, Otto. — Birkenfeld: Schur, C. — Dillingen (Saar): Saarbrück, C. m. b. H. — Dorlmund: Dorlmunder Verlagsgesellschaft, C. m. b. H. — Eberfeld: Gensch, Viktor. — Eschweiler: Mühlgen, Jean, Nachf. (Werb. Freier). — Minden i. W.: Volkening & Brähler (Rud. Volkening, Hans Brähler). — Witten (Ruhr): Buchdruckerei „Westfalia“, C. m. b. H.
- III. Kreis. Bielefeld: Baube, Fritz. — Frankfurt a. M.: Frankfurter Genossenschaftsdruckerei und Verlag „Volksrecht“, C. m. b. H. — Frankfurt a. M.: Westf. Lang, Karl. — Niederhagenheim: Straßburger, Hermann. — Wiesbaden: Wehlo, Rud., & So. (Karl Wehlo).
- IV. Kreis. El. Ingbert (Pfalz): Herrmann & Kahlch. — V. Kreis. Cham (Bavarn): Vogt, Franz. — München: Cof, Karl; Freitag, Anton. — Nürnberg: Woll, Gebr. (vorm. Ludwig Woll). — Pöhlgen: Mühl, M.; Zeff, Hans. — VI. Kreis. Gengenfeld: Feiler, Otto. — Quedlinburg: „Quedlinburger Zeitung“ (Friedrich Heßler). — Subl: Buchdruckerei und Verlagsgeosellschaft, C. m. b. H., „Volkswille“.
- VII. Kreis. Dresden: Ludewi Prohs (Wilhelm Wimpel). — Leipzig: Zell, Otto. — Olsnitz i. B.: Rudolf, Gebr. (Wilhelm Rudolf).
- VIII. Kreis. Berlin: Liebers & Samann (Emil Liebers, Robert Samann); Rich, Richard. — Schneberg: Lieber, O., & Schme; Jander & Geisler.
- X. Kreis. Pommern: Taeschner, Karl.
- XI. Kreis. Guben: Kiehm, Fr. W. — Plathow (Oderbrud): Grise, Otto.

Aus dem Verzeichnisse der tariflosen Buchdruckereien wurden gestrichen die Firmen:

- II. Kreis. Buchdruckerei Karl Herchel in Bonn a. Rh.
- III. Kreis. Frankfurter Kreisblattdruckerei Karl Stielenbojer in Frankfurt a. M., Niederrad.
- IV. Kreis. Buchdruckerei Ernst Wüging in Pforzheim.
- V. Kreis. Buchdruckerei Willi Schmidt in München.
- Buchdruckerei G. Schühling (Donaupost) in Würth a. d. D.
- VII. Kreis. Buchdruckerei W. Gagnon; Stempelabriek Heinrich v. Meyer in Berlin. — Buchdruckerei Franz Wichmann in Pankow.
- X. Kreis. Stur Dreslers Buchdruckerei (Hnd. Gerhard Dresler) in Friedberg (Hessl.). — Schleifische Wollfabrik und Buchdruckerei Wolf Schreier in Schwelbich.
- XI. Kreis. Buchdruckerei Hellmut Henke in Stettin.

Berlin, 17. Januar 1914.  
P. A. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Der neueste Schläger des 20. Jahrhunderts!  
**Lebende Photographien**  
Einsel-, Doppel- und Triaduaufnahmen wie im Film. — Für Jung und alt: auch als wirkungsvolle Reklame passend. 12 Stück 25 Mk., 25 Stück 42 Mk., 50 Stück 65 Mk., 100 Stück 100 Mk. — Kaffelle für Amateure zur Selbstfabrikation mit allem Zubehör 600 Mk., Ver. Nachnahme.  
**Alle Welt Haunt — Sensationelle Erfindung**  
Photo-Verandhaus „International“, Neuhölln 5, Schillerpromenade 18 II.

**Erster Akzidenzsetzer**  
vollkommen selbständig in Entwurf und Satz, für erstklassige moderne Druckarbeiten in bauernde Stellung gesucht.  
Offerten mit Zeugnisabschriften und selbstgefertigten Musterarbeiten an: **Wiedemannsche Druckerei N.-O., Saalfeld a. d. Saale.**

Zwei tüchtige  
**erste Akzidenzsetzer**  
mit gutem Geschmack für zeitgemäße Druckausstattung der Akzidenzen, finden dauernde Stellung. Eintritt nach Vereinbarung. Bewerbung unter Beiliegung von Musterarbeiten und Zeugnisabschriften erbeten an: **Soffmann & Reber, Graphische Kunstanstalt, Odrich i. Schl.**

Für unsere Zeitung „Volkswacht“ suchen wir sofort einen tüchtigen, flotten  
**Linotypefeger**  
(Ideal) mit längerer Praxis. Wegen Wohnungsmangels möglichst unverheiratet. Offert. Offerten erbeten an: **Verlagsdruckerei G. m. b. H., Zricer, Nagelstraße 10.**

**Monotypefeger**  
mit mehrjähriger Praxis für C- oder D-Zeiler zum möglichst sofortigen Eintritt in bauernde, angenehme Stellung gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften an: **Treddebeck & Sponen, Offen.**

**Erfahrener Werkmeister**  
mit Lehrberechtigung, 48 Jahre alt, firm in fremdsprachlichen, mathematischen, griechischen und Illustrationswerken, mit guten Empfehlungen, sucht sich sofort zu verändern als

**Meister, Faktor oder in Vertrauensstellung**  
möglichst Leipzig. Auch Stellung, da umfassende Kenntnisse vorhanden. Offert. Offerten mit nähere Angaben unter Z. A. 233 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Kleinere Provinzdruckerei sucht für sofort tüchtigen, flotten  
**Akzidenzsetzer**  
Offerten unter Nr. 224 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Zwei erfahrene  
**Linotypefeger**  
ledig bevorzugt (wohnungslos), für dauernde Stellung gesucht. Mühselige Arbeitsbedingungen. Zeugnisabschriften erbeten an: **„Bremer Arbeiterzeitung“, Bremen, Hauptstraße 35.**

**Typographfeger**  
guter Maschinenkennner mit mehrjähriger Praxis, für neue U.-B.-Maschine zu möglichst bald e. l. u. t.  
C. A. Walter, Westf. Halle a. d. S.

**Typographfeger**  
(guter Maschinenkennner) für B.-Maschine sofort in angenehme Dauerstellung für Zeitungsbetrieb gesucht. Wegen Wohnungsmangel müssen unvorbereitete Bewerber den Vorzug genießen. Lohnbedingungen und frühesten Eintrittstermin erbeten.  
Druck- und Verlagshaus  
Möhrke & Sohn, Solmsünden.

**Schriftfeger**  
22 Jahre alt, bewandert im Werk, Interlinear- und Akzidenzsetze, sucht Stellung. Provinz Hannover bevorzugt, aber nicht Bedingung.  
Offerten unter H. K. 209 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Schriftfeger**  
In allen Sprachen Gutes leistend (auch im wilschsch., fremdspr. und mathem. Sache), zuvorl. Meiser, ledig, 47 Jahre alt, wünscht sich zu verändern.  
Werte Angebote unter Nr. 217 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Junger Schriftfeger**  
firm in allen Sprachen, in ungeschicklicher Stellung, wünscht sich auf 1. Mal zu verändern. Wert. Angebote mit näheren Ausführungen unter B. W. 222 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Akzidenzsetzer**  
Korrekter, 23 Jahre alt, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht Stellung (egal wohin). Offerten erbeten an: **Albrecht Ulrich, Berlin SO 33, Falkensteinstraße 45, Hof I.**

**Erster Akzidenzsetzer**  
mit langjähr. Praxis, flcht. im Entw. u. Zeichnung (Mhd. bel.), wünscht sich in Leipzig z. veränd. Offert. u. Bugra 231 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Sefer**  
22 Jahre alt, im Akzidenz- und Zeitungssetze tüchtig, wünscht sich zu verändern. Mitteilendlichkeit bevorz. Offert. Offerten an: **Chr. Wöhrner, Neibronn, Salzstraße 56.**

Durchaus tüchtiger, zuverlässiger  
**Linotypefeger**  
10 jährige Praxis, in bauernder Stellung, wünscht sich zu verändern. Respektiert wird nur auf angenehme, selbständigen Posten. Offerten unter Z. 226 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Alterer Sefer (ledig), in ungekündigter Stellung, will sich baldigst verändern. **Vorzügliches Leistn. u. Mathem., Griechisch u. im Tabellenfag, Interlinearfag und Umbruch.** Gest. Angebote u. Nr. 230 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

**Egal wohin! Egal wohin!**  
Junger Sefer, gewandt, gut belehen, maschinenmäßig talentiert, möchte sich an der Sefermaschine

**Typograph, Typograph, Typograph**  
Angebot mit Bedingungen unter H. C. 751 an Rudolf Wolff, Hamburg, erbeten.

**Maschinenband**  
Friedensqualität, liefern  
Bejner & Wolf,  
Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

**Sehregale und Kästen**  
sowie Formregale, Steggregate, Waschtische, Wägen- und Farbenbrühkäse, Schabreier usw. liefern in bester Ausführung ab Lager  
Bejner & Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

**Preise noch kurze Zeit gültig**  
10 Bde. Weltromane nach Wahl eleg. geb. für 200 Mk.  
20 Mk. monatl. Abzahl. gefattet

- 1. Bulwer, Pompeji. 2. Glauert, Madama Bovarn. 3. Eichenloos, Auf dem Felde der Ehre. 4. Kreuzkammer. 5. Quo vadis? 6. Maupassant, Zur linken Hand. 7. Dumas, Kameliendame. 8. Zuerbach, Parthiese. 9. Zola, Anna. 10. Tolstol, Anna Karenina. 11. Dostojewsch, Brüder Karamasow. 12. Eur, Der ewige Jude. 13. Die Geheimnisse von Paris. 14. Wallace, Ven Sur. 15. Hugo, Wäscher von Notre Dame. Ferner: **Reichliffe, Anna Schib, 2 Bde. geb. 50 Mk., Monaralaten 3 Mk.**

10 Bde. Walter Scott, Mittelromane, geb. für 80 Mk. Monaralaten 3 Mk. C. S. Otto & So., Berlin-Blücherstraße.

Bei Arbeitsmarkt- sowie kleineren Anzeigen wollen Interessenten der Postortparnis wegen des Befraggleich mit befragen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken, kein Stablotgeld. Geschäftsstelle des „Korr.“

**Übersicht der gebräuchlichsten Korrekturzeichen**  
50 Pf.  
Verlag d. B.-V.-d. D. B. GmbH. Leipzig, Salomonstr. 8, Fernruf Nr. 12789, Postcheckkonto 52430

**Diese Brette noch kurze Zeit gültig!**  
**Jules Bernes Werke**  
30 verschiedene Bde. gehesft f. 125 Mk. Abzahlung 12,50 Mk. monatlich  
**Dumas Weltromane**  
8 Bde. eleg. geb. für 160 Mk. Graf v. Montle-Christo — Tolendand — Drei Musketiere — Zwanzig Jahre nachher — Zehn Jahre später — Der Herr der Welt — Das Goldband der Königin — Joseph Balsamo  
Abzahlung 16 Mk. monatlich.  
C. S. Otto & So., Berlin-Blücherstraße.

Von den während der „Bugra“ 1914 herausgegebenen Postkarten mit dem  
**Verbandsmonument**  
ist noch ein kleiner Posten zum Preise von 15 Pf. für zwei Stüch (Ers- und Fehdrück) abzugeben. Porto extra (bis zu 10 Stück 10 Pf.).  
Wegen Vereindigung des Betrags auf unter Postcheckkonto, Leipzig Nr. 61328, zu beziehen von  
Geschäftsstelle des „Korr.“

Elegante  
**Serrenanzüge**  
Hoffer, Patelski  
verf. wieder zu sehr bill. Preisen. Für Nichtpassendes sende Geld zurück. Verlagen Sie gratis u. frei Juliald Nr. 12, Zierandsh. G. Katter, München, Zal 18.

**Leiffaden** zum Aufbau der Zurückung in allen Druckarten auf Schnellpresse, Ziegel, geb. poltr. 3,50 Mk. f. Einleitung des Universal-Druckens, poltr. 2,50 Mk. v. Voreind. f. Drucker. Pro-  
**Werkzeuge** feinste poltr. M. Rauch, Stuttgart, Hofenpostkern 9.  
Einsparungen an den „Korrepondenz für Deutschlands Buchdrucker“ auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 61328

## Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

### Elfte Ausschußsitzung

Der Ausschub des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 19. und 20. Januar in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Zu Beginn ehrte stellvertretender Vorsitzender Lehmann das Andenken des ersten Vorsitzenden Karl Legien. Als dessen Nachfolger wurde Theodor Leipart, der frühere Vorsitzende des Deutschen Sozialbundesverbandes, gegen vier Stimmen gewählt. Von den in der vorigen Tagung unerledigt gebliebenen Verhandlungsgegenständen beschäftigte den Ausschub zunächst die von einigen Seiten begünstigte und von den französischen Behörden hinsichtlich der Einführung der Frankengewährung im Saargebiet. Es kam dabei zum Ausdruck, daß diese den dortigen Arbeitern höchstens zeitweilig etwas Vorteil bieten, später jedoch leicht zu ihrem Schaden ausfallen könne. Die Sache wurde den dortigen Gewerkschaften zur Regelung überlassen.

Von der vorigen Tagung lag ebenfalls noch eine Vorlage über die Unterstützung und die Beitragsleistung der Kurzarbeiter vor, zu der die Verbandsvorstände inwieweit Stellung genommen hatten. Die Aussprache zeigte als neu, daß in den einzelnen Bezirken die Verhältnisse so verschieden sind, daß eine einheitliche Stellungnahme nicht möglich ist und die Regelung notwendig den Verbänden selber überlassen werden muß. Den vierten Punkt der Tagesordnung: Bericht der Sozialisationskommission, leitete Lambrecht mit längeren Ausführungen ein. Es handelt sich darum, in der Sozialisierung des Kohlenbergbaues endlich zu einem einheitlichen Aktionsprogramm zu kommen. Die Aussprache ergab die volle Einmütigkeit des Ausschusses in dieser Frage. Die von der Kommission vorgelegten 20 Punkte wurden mit geringfügigen Änderungen einstimmig angenommen, ebenfalls einstimmig und unverändert angenommen wurde folgende Entschließung und Erklärung:

#### Entschließung:

Die im Ausschusse des ADGB vertretenen Vorstände der deutschen Gewerkschaften fordern von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Währenddessen müssen die Gewerkschaftsvorstände feststellen, daß die Reichsregierung die den Gewerkschaften am 20. März 1920 gegebene Zusage der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige ebenfalls erfüllt hat, was das den Bergarbeitern anlässlich der Durchbrechung des Sparabkommens gemachte Versprechen, den Kohlenbergbau gemeinschaftlich zu organisieren. Auch die Regierungsverhandlungen vom 3. August, vom 22. September und vom 8. Oktober 1920 sind bisher unerledigt geblieben. Unfalls den eingehenden Körper-schaften einen Gegenstand zur beschleunigten Erledigung zu unterbreiten, verfaßt die Reichsregierung die Zeit damit, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat mit der Begutachtung von Vorschlägen der Sozialisationskommission zu beschäftigen, um eine wichtige Sozialisierung zu verschleppen oder gänzlich zu verhindern. Die Gewerkschaftsvorstände erklären, daß kein irgendein geartetes Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates die Reichsregierung von der Erledigung ihrer gegenüber der Arbeiterschaft eingegangenen Verpflichtungen entbinden kann. Die Gewerkschaften können eine Sozialisierung der Kohlenwirtschaft nur von einem Geheul erwarten, das folgenden Bedingungen entspricht:

- I. Alle Erträge gebühren der Nation.
- II. Die Ausbeutung der Kohlenvorkommen wird den bisherigen Besitzern gänzlich entzogen und gemeinschaftlich organisiert.
- III. Das gesamte Eigentum an Bergwerken und zugehörigen Anlagen wird gegen Entschädigung der Besitzer auf einen Gemeinwirtschaftsverband übertragen.
- IV. Die Kohlenbewirtschaftung soll einheitlich für das ganze Reich geregelt werden, ohne den Betrieben die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zu verkümmern. Die Betriebe sind zu wirtschaftlich vorteilhaften Betriebsabteilungen zusammenzufassen.
- V. Die Lohn- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichsarbeitsverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden.
- VI. Die Arbeiter- und Angestelltenvertretungen sind in Mitbestimmungsgremien in den Betrieben sowie in der Wirtschaftsführung zu sichern.
- VII. Die Preisregelung soll nach gesunden volkswirtschaftlichen Grundätzen unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen, so daß eine allmähliche Bildung der aus der Enteignung resultierenden Schuldverschuldung sowie Rücklagen für den notwendigen Ausbau der Kohlengewinnung sichergestellt werden.

Abzulehnen ist jede Oblige, die das Eigentumsrecht an den Kohlenbergwerken privatrechtlich erweitert oder gesplittet, anstatt es gemeinschaftlich zusammenzulassen, oder die die Kohlengewinnung privatrechtlich ausbeutet und weiterhin überläßt.

Der Ausschub des ADGB hat unter diesen Gesichtspunkten keine Verläufe für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zusammengefaßt und fordert alle Arbeiter und Angestellten auf, für dieses Programm in möglichster Weisheit einzutreten.

Die deutschen Gewerkschaften sind entschlossen, die Durchführung dieser Forderungen in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen. Sie erwarten indes, daß die Reichsregierung es nicht zu solchen folgenschweren Konflikten kommen läßt, sondern eingeendert ihre Verpflichtungen und des einmütigen Willens weitester Volkskreise die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur raschen Tat werden läßt.

#### Erklärung.

Der Reichswirtschaftsminister hat im Reichstage wiederholt den Gedanken erörtert, die Sozialisationskommission aufzulösen und ihre Funktionen auf den Reichswirtschaftsrat zu übertragen.

Der Ausschub des ADGB erachtet es gegenüber solchen Vätern für notwendig, daran zu erinnern, daß die Wiedererrichtung der Sozialisationskommission erfolgt ist auf Grund der Beratung vom 20. März 1920 zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaftsvorständen, zum Zweck der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige. Die Kommission hat die Aufgaben der wissenschaftlichen Prüfung der Möglichkeiten, Wege und Ziele der Sozialisierung. Der Reichswirtschaftsrat kann diese Aufgaben infolge seiner Zusammenlegung nicht lösen, wie seine Behandlung der Frage der Kohlenwirtschaft zeigt. Die Sozialisationskommission hat ihre Arbeiten auch bei weitem noch nicht erledigt, da sie Untersuchungen über den Kohlenbergbau, über das Bau- und Wohnungswesen, über die Eisenwirtschaft und über die Energiewirtschaft teils in Angriff genommen, teils vorbereitet hat. Die Reichsregierung selber hat ihr obendrein die Prüfung der Frage des Verkehrowesens übertragen. Unter diesen Umständen wäre die Auflösung der Sozialisationskommission einer Enttötung des in der Verfassung festgelegten Gedankens der Sozialisierung gleichzusetzen.

Die Gewerkschaften legen gegen dertel Abfließen des Reichswirtschaftsministeriums die entscheidende Verantwortung ein und erklären, daß sie gewillt sind, eine solche Verletzung des Abkommens vom März 1920 mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

Da für die Ausgestaltung des Gewerkschaftswesens auch eine genaue Einsicht darin notwendig ist, wie stark die einzelnen Bezirke in Deutschland vertreten sind, und welche Änderungen sich auf dieses Gebiet im Laufe der Zeit vollzogen haben, ist es natürlich, daß der Bundesauschub sich mit der künftigen Verursachung beschäftigt. Im Auftrag der Statistikkommission berichtete darüber Streine (Maler). Seine Ausführungen wurden ergänzt durch Herrn Regierungsrat Dr. Meerwart von Preussischen Statistisches Landesamt. Im Nachhinein betonte man allgemein die Notwendigkeit einer Verursachung und stellte sich lehrer auf den Standpunkt, daß sie, um die gewaltigen Kosten möglichst einzuschränken, mit der nächsten Volkszählung verbunden werden könne. In betref der Statistik sollte der Ausschub nichts dagegen einzuwenden, daß die Behörden auch künftig eine solche vornehmen; man hielt indes daran fest, daß diese auch von den Gewerkschaften weitergeführt werden soll. Ferner wurde die Kommission ermächtigt, für die Fragestellung bei der amtlichen Statistik Vorschläge zu machen.

Mit der Preussischen Unterrichtsverwaltung wurde ein vertragliches Abkommen getroffen, daß den Gewerkschaften gegen vorläufige Bedingungen eine gewisse Anzahl von Plätzen an der in Frankfurt a. M. begründeten Akademie der Arbeit zur hochschulmäßigen Ausbildung bestmöglicher längerer Gewerkschaftsvertreter sicher. Der Unterricht soll am 1. April d. J. beginnen. Zugelassen sind Hörer beiderlei Geschlechts. Vorbedingung ist die notwendige Reife des Geistes und des Charakters und der Nachweis einer bestimmten Berufsbildung und längerer Berufstätigkeit. Der Unterricht verteilt sich auf zwei Semester zu je vier Monaten, dazwischen vier Wochen Ferien. Die Gewerkschaften gaben die Unterhaltskosten der von ihnen ausgewählten Teilnehmer und für jeden derselben am Beginn jedes Semesters eine Hörergebühr von 300 Mk. Als Unterrichtsächer sind vorgegeben: Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Rechts- und Staatslehre, Naturwissenschaft sowie die Grundlagen einer philosophischen Bildung. Als Vortragende sind erste Frankfurter Kräfte in Aussicht genommen.

Die Stellungnahme des Ausschusses zu dem bekannten „offenen Briefe“ der Vereinigten Kommunistischen Partei ergab wiederum vollkommene Einmütigkeit. Der Beschluß des Bundesvorstandes, in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten bei früheren gemeinschaftlichen Aktionen auf diesen „offenen Brief“ überhaupt keine Antwort zu erteilen, wurde gebilligt. Im übrigen wurde von neuem betont, daß Aufklärung der Mitglieder und praktische Arbeit zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage die besten Mittel seien, die Einzelnheit in den Gewerkschaften hochzuballen.

Ein Brief vom Internationalen Gewerkschaftsbunde, der zur Aktion dafür aufforderte, daß die zum Tode verurteilten Mitglieder der früheren ungarischen Regierung nicht hingerichtet werden, fand im Ausschusse schnelle Erledigung, da die deutschen Gewerkschaften schon in diesem Sinne tätig sind.

Ferner beschloß der Ausschub noch, daß der Bundesvorstand Mittel bereitstellen soll zur Unterstützung osteuropäischer Gläubiger.

## Metallvergiftungen im Gewerbeleben

Von Dr. Gg. Wolff

(Schluß.)

Sehr unangenehm sind die heftigen, teilenden Gelenkschmerzen, die nicht selten im Gefolge einer Bleivergiftung, ebenfalls aufzukommen, auftreten und mit vielen anderen großen Unbehagen haben. Zu den Symptomen, die erst verhältnismäßig spät erscheinen, gehören die Bleilähmungen. Die betreffen in der Regel zuerst den Unterarm, geben dann auf Oberarm und Schulter über, während die unteren Gliedmaßen seltener befallen werden. Die Lähmungen gehören zu den schlimmsten Erscheinungen der Bleivergiftung; sie sind nicht wieder auf zu machen, da die betreffenden Nerven unter dem Einflusse des bleimischenden Metalls degenerieren. Während die einen meinen, daß die Ursache der Lähmungen in einer Schädigung des Gehirns selbst bzw. der zu den betreffenden Gliedmaßen gehörenden Nervenzentren liegt, führen andere die Lähmungen auf eine Schädigung der peripheren Nerven zurück. Praktische Bedeutung hat diese Streitfrage kaum. Die Lähmungen, die zum Teil im Laufe der Zeit zunehmen, schließend auch andere Geleite ergreifend, machen den davon betroffenen Menschen jedenfalls erwerbsunfähig. Noch viele andere nervöse Symptome können die chronische Bleivergiftung begleiten. Sie kann wirkliche Geisteskrankheiten zur Folge haben, indem sie eine allgemeine Schädigung der grauen Hirnsubstanz des Gehirns hervorruft, sie kann epileptische Anfälle auslösen, die ebenfalls auf eine Vergiftung bestimmter Hirngebiete zurückzuführen sind, in seltenen Fällen Degenerationen im Geleite des Sehnerven verursachen, die zur Blindheit führen. Alles das sind Erkrankungen nervöser Organe. Man muß sie als eine ganz besondere Begleitung zwischen dem Blei und der Substanz, die unsere Nerven zusammenhält, annehmen. Es zeigt sich auch im Tierexperiment, daß Blei, sobald es in den allgemeinen Kreislauf gekommen ist, in erster Linie das Nervensystem schädigt. Von andern Organen wird durch das Blei noch die Substanz der Nerven angegriffen; es liegt ja nahe, daß das Blei dort, wo es zur Ausscheidung aus dem Körper kommt, nämlich in den Nieren, Eitrungen verursacht. Die als Folge einer Bleivergiftung zuweilen auftretenden Nierenkrankheiten können ebenfalls großen Schaden anrichten, Wasserlässe und die übrigen Symptome geförder Nierenfunktion hervorrufen.

Es erhebt sich die sehr wichtige Frage: Wie kann man den vielen Schädlichkeiten, die das Blei dem menschlichen Körper zuführt, vorbeugen? Kann man ihnen überhaupt vorbeugen? Freilich kann man es, wenn man das Blei aus dem Gewerbeleben gänzlich entfernt. Trotz aller Bemühungen hat sich dies bisher nicht durchführen lassen. Wenn man sich veranlassen läßt, wie viele, zum Teil ganz voneinander verschiedene Berufsarten mit dem Blei zu tun haben, daß Maler und Schriftsetzer, Arbeiter in Kabinenwerken und Säulenbetrieben und noch zahlreiche andre mit Blei arbeiten, so wird man sich einen Begriff davon machen können, wie schwierig es ist, dieses Metall und Gewerbeblei aus dem Industrieleben radikal zu beseitigen. So müssen wir uns damit begnügen, die Symptome zu bekämpfen, da wir eine wirklich erfolgreiche Prophylaxe, eine Entfernung des Blei aus dem menschlichen Organismus vorläufig kaum durchführen können. Tausende von Menschen würden arbeitslos sein, wenn das Blei aus dem Gewerbeleben entfernt wird. Immerhin kann durch eine kluge Bewirtschaftung viel zum Nutzen des Betroffenen gechehen. Die in den Bleibetrieben Beschäftigten müssen selbst über die Wirklichkeit des Metalls unterrichtet sein, sie müssen angehalten werden, sich in ihren Umgangsgewohnheiten danach zu richten. Namentlich sollte jeder, bei dem sich Früh Symptome einer Bleischädigung einstellen, vor allem also der warne der Blei kaum am Zahnfleisch, sofort den Beruf wechseln, um den Angriffen des schädlichen Giftes nicht weiter ausgesetzt zu sein. Der Blei ausgesetzt an, daß die Fortschrittarbeit im Entfesseln begriffen ist. Darum beseitigen Vorkill!

Gegenüber den Schädigungen, die durch das Blei veranlaßt werden, treten die übrigen Gewerbekrankheiten sehr zurück. Ellen und Quersäber, Phosphor und Arsen vermögen zwar auch mehr oder weniger chronische Erkrankungen herbeizuführen, schädigen aber doch nicht entfernt so viele Menschen wie das Blei, das ein ausgeprochenes Gewerbeblei darstellt.

Bei der Verarbeitung des Eisens, des Kupfers, des Zinks, des Nickels kommt es nicht selten zu Bleivergiftungen, die durch die Schwere der Arbeit, durch Verbrennungen, durch Einatmen von Metallstaub usw. entstehen. Vergiftungserscheinungen werden durch die genannten Stoffe aber kaum hervorgerufen, da diese Metalle nicht, wie das Blei, resorbierbar werden und auch eine ausgeprochene Giftwirkung nicht besitzen. Darum spricht man nicht von einer eigentlichen Eisenvergiftung, von einer Kupfervergiftung oder dergl. Früher hielt man das Kupfer für ein ebenso boshafte Gewerbeblei wie das Blei, ist von dieser Ansicht aber längst zurückgekommen. Bei der Verhüttung des Eisens und Kupfers, bei dem Schmelzprozeß in Hochofen, der im wesentlichen eine Reduktion der Metalloxyde darstellt, bilden sich die sogenannten Gichtgase, die reich an dem sehr giftigen Kohlenoxyd sind. Das Kohlenoxyd ist auch im Leuchtgas enthalten (zu etwa 5-10 Proz.) und veranlaßt dessen grobe Giftigkeit, der schon so viele Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Die Gichtgase enthalten bis zu 28 Proz. Kohlenoxyd, sind infolgedessen äußerst giftig und mühen aufs sorgfältigste durch geeignete Abfuhrleitungen entfernt werden. Durch Einatmen der Gase ist es wiederholt zu schweren Erkrankungen gekommen, die ganz unter dem Bilde der Kohlenoxydvergiftung verlaufen sind. Schwindel, Kopfschmerzen, Ohrensausen, Augenflimmern und namentlich Atmungsstörungen charakterisieren die Vergiftung, unter deren Einflusse das Blut eine helle, kirchroter Farbe annimmt.

Zakfische Arbeiter in Eisenverarbeitungsbetrieben haben lewam unter dem Metallstaub zu leiden. Häufig sind die Arbeiter, auch die Putzer Hohlraumverfahrungen und noch sehr vielen Augenverletzungen durch Metallspalter ausgeleht. Darum müssen die Augen, unre kostbarsten

Einnesorgane, durch Schutzbrillen und Schutzhelme vor solchen Verletzungen sorgfältig geschützt werden. Wie noch in zahlreichen andern Gewerbebetrieben werden die Atmungsorgane der Arbeiter sodann empfindlich durch den Metallstaub, dem sich Mineralstaub von den Schleifsteinen usw. zugesellt, gefährdet. Maurer, Steinarbeiter, Porzellanarbeiter, Ziegelarbeiter und viele Tausende noch mühen dauernd im Veratmen Staub schlucken und dadurch ihre Lungen in unerwünschter Weise belästigen. Wirkt der Staub auch an sich nicht wie ein Gift, so erzeugt er doch eine mechanische Schädigung der größeren und kleineren Atmungsorgane, führt leicht zu Entzündungen der Schleimhäute und schafft der Tuberkulose eine Disposition, da sich der weit verbreitete Tuberkelbazillus in den schon durch die Staubeinatmung gefährdeten Stellen der Lunge leicht anzulagern vermag. Fasthächlich haben auch die unter den Metallarbeitern, die dauernd Staub einatmen müssen, die Schleifer, Dreher, Feiler, mehr als die andern unter der Tuberkulose zu leiden.

Weitere Gesundheitschädigungen können die intensive Säte des geschmolzenen Eisens, das Abströmen kleinerer Teile, körperliche Überanstrengung usw. hervorrufen. Die Gelegenheiten zu Berufschädigungen ist also sehr groß, ohne daß es zu einer eigentlichen Vergiftung kommt. Das Metall (Eisen) wirkt nicht chemisch, sondern sehr mechanische Schädigungen an den verschiedenen Stellen des menschlichen Körpers. Ganz ähnlich sind die gesundheitlichen Schädigungen, die bei der Kupferverarbeitung durch Säte, durch die Einatmung der giftigen Gase oder durch reizende Wirkung des Metallstaubs den Arbeiter treffen. Eine besondere in ihren Ursachen noch nicht recht geklärte Erkrankung ist das Gießfieber der Gießarbeiter, das mit Malignität und Muskelschmerzen, mit Frost und Stibegißel einhergeht und meist nach wenigen Tagen wieder verschwindet ist. Es tritt nur bei den Gießern auf, die Zinklegierungen des Kupfers (Messing) zu verarbeiten haben, hingegen nicht bei denen, die nur den reinen Kupferdämpfen ausgesetzt sind. Danach scheint es, als ob das Zink die Ursache des Gießfiebers darstellt.

Sicheres über die Zinkwirkungen auf den menschlichen Organismus ist indes bisher nicht ermittelt worden. Die häufigsten Erkrankungen der Zinkhüttenarbeiter haben sich als Bleivergiftungen herausgestellt, da die Zinkblende eine erhebliche Menge Blei enthält. Im übrigen unterliegen die Zinkarbeiter denselben Gefahren wie die übrigen Metallarbeiter, können also durch die intensive Säte beim Schmelzprozeß durch die kohlenoxydhaltigen Gase, durch die Einatmung von Metallstaub in mannigfacher Weise gefährdet werden. Die Erkrankung ist aber keine spezifische Zinkvergiftung, sondern durch die Nebenumstände bei der Verarbeitung hervorgerufen.

Einer wirklichen Vergiftung hingegen sind die Arbeiter ausgelegt, die bei der Verarbeitung des Quecksilbers in Spiegelblegfabriken, in Thermometer- und Barometerwerkstätten beschäftigt sind, ferner die Futtmacher und die in den Ausfabriken beschäftigten Arbeiter, die mit einer starken Quecksilberbeize die Felle bearbeiten. Auch die mit der Feuerergöbung und dem Luftleermachen von Glühbirnen, die mit dem hüttenmäßigen Abbau des Quecksilbers und die mit der Darstellung bestimmter chemischer Präparate beschäftigten Arbeiter kommen mit dem Metall, das an Giftwirkung dem Blei nicht nachsteht, vielfach in Berührung. Bekanntlich spielt das Quecksilber bzw. seine Salze in der Medizin als Heilmittel eine sehr große Rolle. Trotz der neuen Arsenpräparate Ehrlichs wird es seine Bedeutung für die Behandlung der Syphilis nie verlieren. Quecksilberpräparate werden auch sonst noch zu mancherlei Zwecken benutzt. Eine hervorragende Bedeutung als Desinfektionsmittel hat ferner das Sublimat, eine sehr giftige Quecksilberchlorverbindung (das Quecksilberchlorid der Salzsäure); man kennt infolgedessen die Wirkungen des Quecksilbers sehr genau und hat auch die Vergiftungserscheinungen, die große Folgen hervorrufen, an Tierexperimenten auf studiert.

Besonders giftig wirken die Quecksilber, wenn in dieser Form das flüchtige Metall am leichtesten in den Organismus gelangt und nun leicht resorbiert, d. h. von den feinen Blutgefäßkapillaren aufgenommen wird. Die Arbeiter, die in den Fabriken dauernd der Einwirkung des schon bei gewöhnlicher Temperatur in geringem Maße verdampfenden Metalls ausgesetzt sind, erkranken bald an einer chronischen Quecksilbervergiftung. Die Haupt Symptome dieser Berufschädigung machen sich in Schwellung und Entzündung der Mundschleimhaut, geschwürigen Zerfall der entzündeten Stellen, in Speichelfluß, langwierigen Verdauungsstörungen und in nervösen Reizerscheinungen bemerkbar. Da man die schweren Erkrankungen der chronischen Quecksilbervergiftung namentlich in den Spiegelblegfabriken außerordentlich häufig eintreten sah, wurden radikale Vorschriften erlassen, um das Metall möglichst ganz aus dem Gewerbeleben zu entfernen. In der Tat ist das vielfach gelungen. So ist die Quecksilberbelegung erlosch; und auch in den andern Gewerbebetrieben lücht man das Metall zu ersetzen oder aber die Beschäftigung damit auf eine geringe Zeit zu beschränken. Wenn auch nicht völlig verschwinden, so ist die Quecksilbervergiftung heute jedenfalls unergleichlich viel seltener geworden als noch vor 20 Jahren.

Bei der Verarbeitung der Edelmetalle kommt es nur zu den Berufsstörungen, die durch die Einatmung des feinen Metallstaubs und durch die Einatmung der Säure- und Edalmdämpfe hervorgerufen werden. Wie mit den feineren Arbeitern beschäftigten Ziselure, Graveure, Bijouteriearbeiter leiden ferner unter der sitzenden Tätigkeit, bei der sie zugleich den feinen Metallstaub einatmen. Das Silber lagert sich mit Vorliebe in den Schleimbäuten der Nasen, des Zahnhleisches, der Augenlider ab und verleiht ihnen dann oft eine schleiergraue bis blauschwarze

Verfärbung, ohne daß es zu schweren Krankheitserscheinungen kommt.

Ein Metall, das wieder in höherem Maße zu gewerblichen Vergiftungen Anlaß gegeben hat, ist das Chrom, dessen Verbindungen namentlich in der Färberei, in der Zeugdruckerei, der Zündholzfabrikation und noch vielen andern Industriezweigen Verwendung finden. Die Chromate — namentlich das Kaliumdichromat ist vielfach in Gebrauch — haben eine starke ätzende Wirkung; deshalb verwendet man auch in der Hüllkunde die Chromsäure zur Ätzung von Schleimbäuten. Der Staub der Chromverbindungen, der von den Arbeitern ständig eingeatmet wird, ist nun auch in unerwünschter Weise die Schleimbäute Gekulder, mit denen er in Berührung kommt, zunächst die Nasenschleimhaut. Es entstehen im Anschlusse daran oft häßliche Geschwüre, die sogar zur Durchlöcherung der Nasenschleimhaut führen können. Ähnliche Verletzungen können auch an andern Schleimbäuten und solchen Stellen der Haut, die ihrer obersten Deckschicht beraubt sind, entstehen. Darum dürfen Arbeiter, die mit Hautwunden oder Geschwüren befallen sind, in einem Chrombetriebe nicht beschäftigt werden. Seltener darauf gerichtete Sicherheitsmaßnahmen der Gewerbehygiene erlassen sind, haben sich auch diese Schäden erheblich vermindert.

Wir wollen uns noch kurz zwei Stoffen zuwenden, die zwar nicht zu den Metallen gehören, sondern zu den Metalloiden, die aber in früheren Zeiten besonders häufig zu Berufserkrankungen Anlaß gegeben haben. Das sind die giftigen Elemente Arsen und Phosphor. Arsenvergiftungen kommen am häufigsten bei Bergarbeitern vor, die bei der Gewinnung und Aufbereitung des Stofles aus seinen Erzen arsenhaltigen Staub einatmen, und bei denen, die mit der industriellen Verwertung von Arsenpräparaten, namentlich der arsenischen Säure (Arsenik) zu tun haben. Von den Symptomen der chronischen Arsenvergiftung stehen Verdauungs- und nervöse Störungen in dem Vordergrund; nicht selten kommt es aber auch zu ausgeprägten Lähmungen, namentlich im Gebiete der Streckmuskeln der unteren Gliedmaßen. Wenn die Vergiftung einen mehr akuten Charakter hat, sind die Verdauungsstörungen, choleraähnliche Durchfälle besonders ausgeprägt. Außerst giftig ist auch der Arsenwasserstoff, der sehr häufig durch Einwirkung arsenhaltiger Säuren auf Metalle entsteht. In Verginnungs- und Verginnungsanstalten sind solche Vergiftungen beobachtet worden. Zum Färben von Tapeten wurden früher nicht selten arsenhaltige Farben verwendet. Auf ihnen siedelt sich mit Vorliebe ein Schimmelpilz (Penicillium brevicaulis) an, der auf solchen Tapeten sehr giftige, flüchtige Arsenverbindungen zu entwickeln vermag. Darum sind diese Farben (Pariser, Schweinfurter Grün) heute längst durch die weniger giftigen Anilinfarben ersetzt.

Der Phosphor hat als Gewerbegift heute kaum noch eine Bedeutung, während er früher bei den Arbeitern der Zündholzindustrie außerordentlich viele Berufserkrankungen veranlaßte. Giftig ist nur der weiße oder gelbe Phosphor, während der rote so gut wie überhaupt nicht giftig wirkt. Dabei haben die meisten Länder die Verwendung des gelben Phosphors zur Zündholzfabrikation verboten. Seit dem 1. Januar 1908 ist der Verkauf von Zündhölzern, die weißen Phosphor enthalten, untersagt, so daß gewerbliche Phosphorvergiftungen heute kaum noch vorkommen.

## o o o o Rundschau o o o o

**Nachahmenswerte Beispiele.** In Berlin gewährte die „Lindendruckerei“ (Schiffbauerdamm 19) ihrem gesamten Personal zu Weihnachten je 40 Mk. und 10000 Mk. für die Kinder des Personals einschließlich der Angestellten des Verlags des „Abendblattes“. — In Deutschland gewährte die Buchdruckerei Otto Eßner („Deutsch-Englauer Zeitung“) dem gesamten technischen Personal eine Wirtschaftsbeteiligung in Höhe eines vollen Wochenlohns. — In Kiel bewilligte die Buchdruckerei Chr. Saare & Co. („Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“) dem gesamten Personal (rund 100 Personen) eine Wirtschaftsbeteiligung von 250 Mk. für verheiratete Arbeiter und für jedes Kind unter 15 Jahren 100 Mk., ledige und weibliche Arbeiter sowie der Beurlaubten je 100 Mk.

**Für reisende Kollegen.** In Regensburg erhalten die durchreisenden Verbandskollegen beim Kellereiserverwalter eine Anweisung, wofür sie im „Verkehr“ warmes Abendessen, freies Nachquartier und Morgenkaffee auf Kosten des Ortsvereins erhalten.

**Lohnbewegung der Redakteure und Mitarbeiter im Zeitungs- und Verlagswesen.** In neueren Verhandlungen zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungs- und Verlagswesen und des Reichsverbandes der deutschen Presse erklärten die Arbeitgebervertreter, daß sie den vom Reichsverband der deutschen Presse ihnen eingereichten Entwurf eines Reichstarifs nicht annehmen könnten, weil ihre Verträge einen Reichstarif für ungewandmäßig hielten. Die Vertreter des Reichsverbandes beharrten grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß ein Reichstarif unbedingt notwendig sei. Vollkommen einig waren die Vertreter beider Verbände in der Auffassung von der Notwendigkeit einer Arbeitsgemeinschaft der deutschen Presse. Es wurde die Wahl einer zehnjährigen paritätischen Kommission beschlossen, deren Aufgabe es sein soll, ohne an irgendein Mandat gebunden zu sein, den Versuch zu machen, die gegenseitigen Anschauungen darüber zu klären, in welcher Weise sowohl die materiellen als geistigen Interessen der Sonntagsblätter wie auch die durch die Verleger und Redakteure

gemeinsam zu vertretenden grundsätzlichen Interessen der Presse am besten wahrgenommen werden könnten. Für die Beratungen der Kommission werde dieser der Vorschlag der Verleger über die Aufgaben einer Arbeitsgemeinschaft und der vom Reichsverband eingereichte Entwurf eines Reichstarifs überwiesen. Unabhängig von diesen Beratungen und ihren Ergebnissen erklärten die Vertreter des Arbeitgeberverbandes, daß ihr Verband in Fühlungnahme mit dem Reichsverband der deutschen Presse sofort alles daranlegen werde, um für diejenigen Landesverbände, in denen bisher tarifliche Abmachungen oder entsprechende Vereinbarungen zwischen Verlegern und Redakteuren noch nicht bestanden, den Abschluß und die Durchführung betreffender Vereinbarungen herbeizuführen.

**Krisis im deutschen Buchhandel.** Zum 13. Februar d. J. hat der Vorstand des Börsenvereins der deutschen Buchhändler eine außerordentliche Verammlung nach Leipzig einberufen. Das gleiche geschah nun auch durch den Vorstand der Deutschen Buchhändlergilde zum 12. Februar. Beide Verammungen lösten sich mit einer Neuregelung der Bestimmungen über die Zuschläge zum Ladenpreise befaßten. Wir empfehlen den Herren beider Korporationen ein gewissenhaftes Studium des Artikels „Wer verteuert das Buch?“ in heutiger Nummer.

**Rückgang der Bleipresse.** Nach einer offiziellen Mitteilung der zentralen Verkaufsstelle für gewalzte und gepresste Bleialbatriale ist eine Ermäßigung der Preise um 50 Mk. für 100 kg vorgenommen worden, so daß sich der Bleialbatrialpreis bei Abnahme von 50 t mit Gültigkeit ab 17. Januar auf 750 Mk. für 100 kg stellt. Vor etwa einer Woche hatte das Bleialbatrial den Preis von 740 auf 800 Mk. erhöht.

**Weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit.** Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, ist die Zahl der unterstühten Erwerbslosen in der Zeit vom 15. Dezember bis 1. Januar um 43000 auf rund 409 000 gestiegen, und zwar hat die Zahl der männlichen sich von 292 000 auf 333 000, die der weiblichen von 74 000 auf 76 000 erhöht. Der besonderen Steigerung der männlichen Erwerbslosen entspricht die Stärkezunahme der Familienangehörigen von 381 000 auf 454 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die unterstühten Erwerbslosen mit ihren Angehörigen nur einen Bruchteil der wirklich Erwerbslosen bilden. Fasthächlich dürfte die Zahl der Erwerbslosen und ihrer mitbestreitenden Angehörigen das Doppelte der vorgenannten Ziffern übersteigen, wozu noch die sehr große Zahl der sogenannten „Sursarbeitsler“ tritt.

**Praktischer Gliederungssozialismus in England.** Einer im Reichsverbande der englischen Bauarbeiter eingegliederten Baugilde, die als besondere Organisation auf gewerkschaftlicher Grundlage für wirtschaftsproduktive Zwecke errichtet wurde, sind alle Bauarbeiterselbstvereine, wie Maurer-, Zimmerer, Maler, Glaser-, Bauhelfer- und ferner sind auch außerhalb des Bauarbeiterverbandes lebende Bautechniker, Architekten und Baupoliteure in ihren Ausübungen gewährt. Diese Gilde übernimmt z. B. in London seit schon jede eigentliche Bauarbeit für die von der Stadt ausgegebenen Bauaufträge. Die Grobeinkaufsgenossenschaft liefert die Baustoffe, die Versicherungsgenossenschaft übernimmt die finanzielle Ausführungsbürgschaft in Höhe von 1/3 des Gesamtkostenpreises. Dieser Preis wird errechnet aus den tatsächlichen Selbstkosten für Baustoffe und Arbeitslöhne zuzüglich 40 Pfd. Sterl., die der Gilde ermöglichen sollen, jedem ihrer Arbeiter eine volle Arbeitswoche zu gewährleisten und 6 Pro. der im Gildeangebot angelegten Kosten, woraus die Kosten für Gerät und Verwaltung bestritten werden sollen. Zur Deckung ihrer vorläufigen Ausgaben gibt die Gilde unverzinstliche Anleihscheine von fünf und mehr Schilling aus, die die Gilde nach ihrem Ermeßen und Einkommen jeberzeit wieder zurückzahlen kann. Dividenden aus überschüssigen Einkommen darf die Gilde niemals verteilen, sondern sie muß alle Überschüsse zur Verwollkommnung ihres sozialen Unternehmens verwenden, sei es in technischer, wirtschaftlicher oder geistiger Hinsicht. Die Gilde will nämlich dahin gelangen, die besten Häuser zu den billigsten Preisen zu erstellen. Aber über diesem technisch-wirtschaftlichen Leistungssitz steht ihr der sittlich-soziale Gedanke, die Arbeit ihrer Mitglieder aus einer nach Angebot und Nachfrage behandelten Ware zu einem Lebensgute zu erheben, das samt seinem Träger, dem Menschen, vor der Entwürdigung durch das Marktes Wechsellälle und durch Notfälle aller Art geschützt sein soll. Die Gilde strebt danach, so stark zu werden, daß sie ihren Mitgliedern ein ständiges Arbeitseinkommen mit Urlaub und Schonzeiten gewährleisten kann, das auch bei Krankheit, Unfall, Welterungung usw. fortgezahlt wird. In diesem Gliederungssozialismus steckt ein wesentlicher Grundgedanke des schon vor zwei Jahren von dem Kollegen Schaeffer dem deutschen Buchdruckergewerbe gewidmeten „Problems einer neuen Verfassung“ auf der sozialwirtschaftlichen Grundlage einer Berufsgemeinschaft. Letztere greifen in ihrer praktischen Verwirklichung noch viel tiefer greifen und sich nicht nur auf staatliche, sondern auf alle Arbeiten für das Buchdruckergewerbe erstrecken, und zwar unter einheitlicher genossenschaftlicher Zusammenfassung aller vorhandenen materiellen und geistigen Hilfsmittel des ganzen Gewerbes.

**verschiedene Eingänge**

„Die Neue Zeit.“ Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 1. 16. 1. Band. 39. Jahrgang. Einzelheft 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk. Verlag von G. B. W. Buchhändler in Stuttgart.

„Der Naturarzt.“ Nr. 1. 49. Jahrgang. Monatlich ein Heft. Zeitungspreis jährlich 8 Mk. Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.